

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Plakatschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Gerichtsstand:
für beide Teile in Calw



Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Nr. 133

Montag, den 10. Juni 1920

102. Jahrgang

Innerpolitische Aussprache im Reichstag

Reichsinnenminister Severing zur Wahl- und Reichsreform

— Berlin, 10. Juni. Die innerpolitische Aussprache im Reichstag hatte am Samstag ihren Höhepunkt zu verzeichnen. Von den Demokraten wurde dem Reichsinnenminister durch den Mund des Abg. Dr. Kütz, der ehemals den verantwortungsvollen Posten des Innenministers bekleidete, wohlwollende Anerkennung zuteil und die Ermunterung, auch fernerhin für die Festigung des republikanischen Staates zu sorgen. Die Statistiken des Domkapitulars Leicht zeigten sich von Koalitionsorgen umdüstert. Nachdem die Redner aller größeren Parteien Revue passiert waren, nahm endlich auch Severing selbst das Wort. Ein im Hinblick auf das Wochenende gut besetztes Haus lauschte aufmerksam seiner Rede.

Der Minister kündigte zunächst die längst fällige Wahlreform an. Freilich wird es sich nach seinen Andeutungen nur um eine kleine und bescheidene Revision des heute gültigen Wahlsystems handeln. Der Proporz wird bleiben, nur die Wahlkreise und allenfalls auch die Reichsliste soll geändert werden. Der zweite Gesetzesentwurf von Bedeutung, der gleichfalls noch in diesem Jahr das Innenministerium verlassen soll, ist bestimmt, „den Weg zum Einheitsstaat zu bahnen“, also doch wohl mehr ein Demonstrationsgesetz, ein Beitrag zur Debatte über die Reichsreform.

Die Polemik nach rechts und nach links nahm einen breiten Raum in der Ministerrede ein. Die Beamtenpolitik, die er zäh und konsequent besetzt, um die Macht seiner Partei zu verankern, verteidigte er mit Sarkasmen gegen seine Widersacher. Mit einem Achselzucken tat er die Diktaturgerichte ab. Der Stahlhelm erhält eine ernste Verwarnung, daß er sich wohl werde fügen müssen, wenn er nicht das Schicksal des roten Frontkämpferbundes teilen wolle. „Wiederholt ist von maßgebenden Stahlhelmläutern“, so erklärte Severing, „zum Ausdruck gebracht wor-

den, daß der Stahlhelm diesen Staat hassen müsse. Selbte hat erst kürzlich wieder in Stuttgart den Staat einen Sauhaufen genannt, während in der gleichen Versammlung der süddeutsche Führer des Stahlhelms von einer schrecklichen Mißgeburt sprach. Die republikanischen Behörden werden zu prüfen haben, ob die Haltung der Beamten, die an derartigen Kundgebungen wie in Stuttgart teilgenommen haben, mit den gesetzlichen Verpflichtungen vereinbar sind.“

Ganz summarisch verfuhr Severing mit den Kommunisten. Sie sind ja schon längst nicht mehr seine „politischen Kinder“. Er verspottete sie wegen ihrer „Machtprahlerel“. Auf der anderen Seite sah er sich aber doch zu der Feststellung genötigt, daß die Mairevolte bewußt gegen die Staatsgewalt gerichtet gewesen sei. Die Ausführungen Severings riefen zwar zur Rechten und zur Linken bald stärkeren, bald schwächeren Widerspruch hervor. Im großen und ganzen aber wurden sie mit Ruhe aufgenommen.

Die Reichsbahn beantragt Tarifierhöhung

— Berlin, 10. Juni. Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn hatte in seiner letzten Sitzung beschlossen, im Falle der Verbindlichkeitsklärung des Schiedsgerichtes im Eisenbahnlohnstreit eine Tarifierhöhung bei der Reichsbahn zu beantragen, die der Reichsbahngesellschaft für die seit dem Inkrafttreten des Schiedsgerichtes neu erwachsenen Personalausgaben von ungefähr 55 Millionen Mark jährlich die finanzielle Deckung geben soll. Der Verwaltungsrat hat sich zu diesem Entschluß gezwungen gesehen, da die Verhandlungen über eine anderweitige Deckung der Mehrausgaben keine Aussicht auf Erfolg boten. Eine weitere Drosselung der Sachausgaben, die heute schon unter den normalen Anforderungen liegen, kann im Interesse der Aufrechterhaltung der Betriebssicherheit nicht mehr verantwortet werden. Der Generaldirektor wird daher namens der Deutschen Reichsbahngesellschaft bei der Reichsregierung den Antrag auf Tarifierhöhung stellen.

Die Beurteilung des Young-Planes

Ein Gesamturteil Dr. Schachts

— Dr. Schacht, der gestern abend Paris verlassen hat, am sich zum Kuraufenthalt nach Marienbad zu begeben, äußerte sich kurz vor seiner Abreise mit folgenden Worten über das Ergebnis der Pariser Reparationskonferenz: „Die Young-Konferenz bedeutet die finanzielle Liquidierung des Krieges. Ohne diese ist die politische und moralische Liquidierung nicht möglich, aber andererseits können auch die finanziellen Probleme der Nachkriegszeit nicht endgültig gelöst werden, wenn der Krieg nicht von der politischen ebenso wie von der moralischen Seite her liquidiert ist. Wir müssen alle entschlossen sein, unsere Blicke nicht mehr auf die Vergangenheit, sondern auf die Zukunft zu richten. Die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich ist für den Aufbau dieser Zukunft ein hauptsächlichster Faktor. Infolge ihrer verschiedenen Eigenschaften sind die beiden Länder für ein solches Zusammenarbeiten tatsächlich prädestiniert, doch hat die historische Entwicklung der Dinge ein Zusammengehen Frankreichs und Deutschlands leider allzu oft verhindert. Der Strom der geistigen und moralischen Beziehungen zwischen den beiden Völkern wurde oft unterbrochen, doch immer wieder ist er zustande gekommen.“

Unsere Aufgabe ist es jetzt, dafür zu sorgen, daß dieser Strom ununterbrochen fließt, dadurch, daß wir den Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland auch eine wirtschaftliche Unterlage geben. Wir müssen auf dem Gebiete der Finanzen, der Industrie und des Handels für eine enge Verknüpfung der Interessen beider Länder Sorge tragen und damit den Bestrebungen für die Herstellung einer gegenseitigen Verständigung, die von den besten Männern und Frauen in beiden Ländern ausgehen, eine feste Grundlage geben.“

Reichsjustizminister von Guérard erklärte in einer Rede auf dem Parteitag des pfälzischen Zentrums in Pirmasens, der große Erfolg des Pariser Abkommens liege für uns Deutsche darin, daß wir endlich einmal eine festumrissene Begrenzung der Zahlungen hätten. Ein ganz wesentlicher Erfolg sei die Verabfolgung der jährlichen Zahlungen um mindestens 500 Millionen Reichsmark. Damit sei Deutschland wieder die Grundlage gegeben, seine Wirtschaft aufzubauen. Der Plan selbst stelle eine Liquidation des Krieges in finanzieller Hinsicht dar. Das Gutachten sei bestrebt, die deutsche Souveränität in finanzieller Hinsicht wieder herzustellen. Dazu gehöre auch die Souveränität Deutschlands über die besetzten Gebiete, namentlich die endgültige Befreiung von Rhein und Saar, das sei die Forderung, die wir schon seit Jahren auf Grund des

Paragr. 496 des Versailler Vertrages geltend machen, eine Forderung, die nach der restlosen Erfüllung des Dawesplanes und dem Abschluß des Vertrages von Locarno endlich logische Folge sein müsse. Das Saargebiet müsse im vollen Umfange völkerrätlich an das Deutsche Reich wieder angegliedert werden als ein unteilbarer Bestandteil des Deutschen Reiches.

Der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei Dr. Eugenberg

äußerte sich zum Berliner Vertreter des „International News Service“ über das Ergebnis der Pariser Verhandlungen: „Das Ergebnis ist kein endgültiges, weil Deutschland die in dem Pariser Abkommen festgelegten Tribuallasten nicht zu tragen vermag. Da auch die Voraussetzungen, die eine Steigerung seiner Leistungen ermöglichen könnten, nicht geschaffen sind, so wird Deutschland wie bisher die Tribuallasten nur von geborgtem Geld zu leisten vermögen. Die Krise des Dawesplanes, die nach dem Urteil aller Sachverständigen binnen kurzem zu erwarten war, ist durch die unwesentliche Abänderung der Jahresleistungen nur vertagt. Die Gefahr einer wirtschaftlichen Krise und einer Währungskrise in Deutschland ist bestenfalls nur verschoben. Sollte eine deutsche Regierung es über sich bringen, trotz der Erkenntnis der Unerfüllbarkeit ihren Namen unter einen Vertrag zu setzen, dem die Bedingungen von Paris als Unterlage dienen, so wäre diese Unterschrift eine Unrechtfertigkeit.“

Die Vereinigten Staaten von Amerika, die ihre guten Dienste für eine alle befriedigende Lösung der Reparationsfrage zur Verfügung gestellt haben, dürfen sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß die Gefahr eines deutschen wirtschaftlichen Zusammenbruchs und seiner Rückwirkungen nicht behoben ist. Die Anleihen, die Deutschland auch noch weiter zur Verfügung gestellt werden, verschleiern die Krise und fördern die Verschuldung der deutschen Wirtschaft, ermöglichen aber keinen Wiederaufbau. Sie nützen daher Deutschland nicht. Unter der Last der Pariser Abmachungen ist Deutschland nicht in der Lage, diese Anleihen zurückzahlen.“

Die Gewerkschaften fordern Rheinlandräumung vor Ratifizierung des Pariser Abkommens.

— Zu Mainz, 10. Juni. Die sozialdemokratische Partei und freien Gewerkschaften im besetzten Gebiet richteten an die Reichsregierung die Aufforderung, mit der Ratifizierung des Pariser Abkommens so lange zu warten, bis die vollständige Räumung aller besetzten Gebiete und die gleichzeitige Regelung der Saarfrage durchgeführt ist. Die Be-

Tages-Spiegel

Die innerpolitische Aussprache im Reichstag erreichte ihren Höhepunkt in einer Rede des Reichsinnenministers, in welcher die Fragen der Wahl- und Reichsreform berührt wurden.

Der Verwaltungsrat der Reichsbahngesellschaft hat beschlossen, bei der Reichsregierung eine Erhöhung der Tarife zu beantragen, um die Mittel für die erhöhten Löhne der Eisenbahnarbeiter aufbringen zu können.

Dr. Schacht bezeichnete vor seiner Abreise aus Paris den Young-Plan als die finanzielle Liquidierung des Krieges.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann ist Samstag abend in Madrid angekommen und vom spanischen Ministerpräsidenten Primo de Rivera empfangen worden.

In Münster hielt der Bund der Saarvereine seine neunte Jahresversammlung ab, die ein starkes Bekenntnis zum deutschen Vaterlande wurde.

Drei schwedische Flieger haben mit dem Junkersflugzeug „Svegrig“ den Flug von Schweden nach Newyork angetreten. Er soll in drei Etappen über Bergen und Island durchgeführt werden.

Die Bevölkerung der besetzten Gebiete verlange zehn Jahre nach dem Frieden volle Gleichberechtigung mit den übrigen Teilen des Deutschen Reiches und richte diese Forderung an alle Regierungen und alle Parteien, die an der Unterzeichnung des Pariser Abkommens beteiligt sind.

Die Ratstagung in Madrid

Wendung in der Minderheitenfrage.

— Zu Madrid, 10. Juni. Der Samstag hat in den Verhandlungen des Ratskomitees für die Minderheitenfrage eine außerordentlich ernste Wendung gebracht. Das Ratskomitee hat in geheimer Sitzung mit Zustimmung (?) der deutschen Vertreter die praktischen Empfehlungen des Londoner Minderheitenberichts angenommen. Das Ziel der deutschen Abordnung, eine Vertagung der Aussprache auf den September zu erreichen, muß zunächst als gescheitert angesehen werden. Morgen tritt die Ratskommission noch einmal zu einer letzten Sitzung zusammen, auf der endgültig das weitere Schicksal des Minderheitenschutzes entschieden wird.

Dr. Stresemann in Madrid eingetroffen. Reichsaußenminister Dr. Stresemann traf am Samstag abend in Madrid ein. Der deutsche Botschafter war ihm bis Escorial entgegengefahren. Auf dem Bahnhof wurde Dr. Stresemann von dem spanischen Ministerpräsidenten Primo de Rivera begrüßt.

König Fuad auf deutschem Boden

Begrüßung des ägyptischen Königs in Singen.

— Zu Singen a. Hohentwiel, 10. Juni. Am Fuße des Hohentwiel betrat König Fuad von Ägypten am Sonntag zum erstenmal deutschen Boden. Der Singener Bahnhof trug reichen Flaggenschmuck in ägyptischen Farben und in den Farben des Reiches. Am Bahnhof hatten sich als Vertreter der Reichsregierung zum Empfang eingefunden der frühere Reichsaußenminister Dr. Rosen, der deutsche Gesandte in Kairo, Dr. von Stohrer, und der Gesandtschaftsrat Dr. Klee. Eine Ehrenkompanie in Stärke von 120 Mann hatte Aufstellung genommen. Im Gefolge des Königs befand sich der türkische Außenminister, ferner verschiedene Hofmarschälle und der Hofstaat.

Nachdem König Fuad den Wagen verlassen hatte, richtete Außenminister a. D. Dr. Rosen eine Ansprache an den König. Er führte u. a. aus: „Im Namen des Reichspräsidenten und der Reichsregierung habe ich die Ehre, Ew. Majestät beim Betreten des deutschen Reichsgebietes zu begrüßen. Ich bin beauftragt, den Herrscher eines Landes willkommen zu heißen, welches mit Recht einen besonderen Platz unter den Völkern der Erde beansprucht und dessen ruhmreiche Geschichte bis zur Morgenröte einer Kultur zurückreicht. Der Wunsch des deutschen Volkes, vertreten durch den Reichspräsidenten und die Reichsregierung, geht dahin, daß Eure Majestät während Ihres Aufenthaltes in Deutschland neben der herzlichsten Aufnahme, die Eurer Majestät bereitet wird, auch Gelegenheit finden möge, die Studien zu vollenden, welche Eure Majestät im Interesse des Gedeihens und des Wohlergehens des ägyptischen Volkes verfolgen will.“

König Fuad erwiderte ebenfalls in herzlichsten Worten und betonte die guten und herzlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Ägypten.

Der Inhalt des Sachverständigengutachtens

Der Bericht zerfällt in 12 Teile, 8 Anhänge und eine besondere Denkschrift. Die letztere beschäftigt sich mit den Schuldenzahlungen an Amerika und mit der Art dieses Verfahrens bei etwaigen amerikanischen Schuldennachlässen. Der Bericht wird von den Regierungen, die an der Genfer Konferenz teilgenommen haben, und der Reparationskommission übermittelt werden. Der Plan wird den Regierungen zur Annahme empfohlen, während der Reparationskommission in diesem Zusammenhang keine Erwähnung getan wird.

Der erste Teil des Berichts handelt von der Ernennung der Sachverständigen und dem Zwecke der Konferenz. Er verweist auf die Formalitäten und die Art der Ernennung der Mitglieder. Hierbei wird auch auf das Ausscheiden Lord Revelstokes durch den Tod und den Rücktritt Dr. Böglers verwiesen. Der zweite Teil nennt die Zahl der Sitzungen während der 17wöchigen Tätigkeit. Der dritte Teil beschäftigt sich bereits mit wichtigeren Fragen. Er legt dar, wie der Sachverständigenausschuss sich bei der Lösung seiner Aufgaben verhalten hat und nimmt Bezug auf die Arbeiten des Davausausschusses. In ihm findet auch die sogenannte Schiedsklausel Aufnahme, die am Donnerstagabend im letzten Augenblick geändert wurde und eine gewisse Verbesserung erfahren hat.

„Während der Dauer unserer Beratungen“, heißt es in dem dritten Teil, „und mit unseren vorgebrachten Vorschlägen haben wir versucht, eine Lösung auf wirtschaftlicher und finanzieller Grundlage zu erreichen. Aber wir müssen ebenso wie unsere Vorgänger feststellen, daß politische Faktoren notwendigerweise unseren Entscheidungen eine Grenze gesetzt haben, wenn wir überhaupt Vorschläge machen wollten, die Aussicht auf Annahme haben. Wir haben infolgedessen unsere Entscheidungen nicht nur auf wirtschaftliche, sondern auch auf politische Betrachtungen eingestellt.“

Im vierten Teil werden juristische Fragen aufgeworfen und darauf verwiesen, daß zum erstenmal unabhängige Sachverständige in dieser Form zusammen beraten haben und nach einer Lösung suchten. In der Frage der Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit heißt es dann weiter: „Wir wurden hierbei unterstützt durch die Ausführungen und Beschreibungen über die wirtschaftliche Lage in Deutschland, die von den deutschen Sachverständigen gegeben wurden und über die Möglichkeit der Entwicklung Deutschlands. Diese Erklärungen haben auf die anderen Sachverständigen einen entsprechenden Eindruck gemacht. Die deutschen Sachverständigen haben alle notwendigen Aufklärungen gegeben, über den Bedarf an fremden Kapitalien in Deutschland während der letzten Jahre, über die Wirkungen des hereinströmenden ausländischen Kapitals und über die Kapitalanlagen Deutschlands im Ausland. Die deutschen Sachverständigen gaben weiter Auskunft über die Produktionslage Deutschlands und die Produktivität des investierten Kapitals, über die Steuerlasten und die öffentlichen Schulden im Reich und in den Ländern.“

Der Bericht nimmt sodann Bezug auf die Ausführungen der deutschen Sachverständigen über die Landwirtschaft, den Reichshaushalt, die deutsche Zahlungsbilanz und die Belastung des Haushalts durch Entschädigung seiner Staatsangehörigen für Kriegsverluste, Einfluß der Zollgrenzen, die Lage der deutschen Industrie und die Notwendigkeit, das im Krieg verlorene Kapital wieder herzustellen. Weiter wird ausgeführt, daß die deutschen Sachverständigen besonders darauf aufmerksam machten, wie sich durch den Krieg die Lage Deutschlands verändert hat, seine Rohstoffgrundlage innerhalb und außerhalb der Grenzen vermindert und dadurch die deutsche Zahlungsfähigkeit beeinträchtigt wurde.

„Diese Betrachtungen waren dem Ausschuss bei seinen Entschliessungen gegenwärtig und haben die Entscheidung beeinflusst. Wir haben versucht, den halb politischen Charakter des Transferschutzes zu beseitigen und Deutschland bei dieser Frage die eigene Initiative zu lassen. Wir haben ein Schema empfohlen, das nach unserer Ansicht ebenso wirkt wie der Transferschutz des Dawesplans. Es wurde der Versuch gemacht, die Ziffern so zu halten, daß sie unter Berücksichtigung der in den Plan eingebauten Schutzklauseln Deutschland die Zahlung ermöglichen und die deutsche Entwicklung nicht ungebührlich stören.“

Der 5. Teil des Berichts beschäftigt sich mit den Arbeitsmethoden des Ausschusses, der 6. mit der internationalen Bank und der 7. Teil mit dem Einfluß der „Form“ der Jahresraten auf den deutschen Kriegsentchädigungsbetrag. Unter „Form“ ist die Teilung der Jahreszahlungen in einen ungeschützten und einen geschützten Teil zu verstehen. Weiterhin wird dargetan, warum der Ausschuss zu der Festsetzung des ungeschützten Teils der Jahreszahlungen auf 600 Millionen Goldmark kam, da er innerhalb einer Grenze bleiben wollte, von der man mit ziemlicher Sicherheit annehmen konnte, daß keine Schwierigkeiten eintreten würden.

Teil 8 des Berichts geht ausführlich auf die deutschen Jahreszahlungen und das Inkrafttreten des neuen Planes sowie das Erlöschen des Dawesplans ein. Die Regierungen sollten bei der Festsetzung des Zeitpunkts für das Inkrafttreten des Plans berücksichtigen, daß die Berechnungen der Sachverständigen auf der Grundlage angefertigt wurden, daß die Zahlungen aus dem Dawesplan am 31. August zu Ende gehen und der neue Plan am 1. September beginne. Sollten die Regierungen einen späteren Zeitpunkt als den 1. September festsetzen, so heißt es weiter, ist es trotzdem unsere Ansicht, daß die Grundlage für die Zahlungen unter dem Dawesplan am 31. August erden und die Zahlungen unter dem neuen Plan am 1. September beginnen sollen. Die Zahlungen vom 1. September werden als Übergangsperiode betrachtet, aber die eine Abrechnung zu liefern ist. Jeder Überschuss für die Übergangsperiode muß an Deutschland zurückgezahlt werden. Während dieser Zeitperiode sind im wesentlichen nur die Beträge für die internationalen Schulden sicherzustellen. Der Ausschuss gibt dem

Bunsch Ausdruck, daß die Jahreszahlungen mit dem deutschen Haushaltsjahr zusammenfallen. Des weiteren wird bestimmt, daß für die Zahlungen, die Deutschland nach den 30 ersten Young-Raten zu leisten hat, der besondere Reservefond der internationalen Bank für die letzten 21 Jahre herangezogen werden soll.

Einer der wichtigsten Teile des Berichts ist Teil 9. In ihm wird bestimmt, daß der neue Plan von dem Tag an, an dem er in Kraft gesetzt wird, alle früheren Verpflichtungen Deutschlands vollkommen ablöst. Die Zahlungen sind als eine endgültige Entlastung Deutschlands aus seinen Verpflichtungen anzunehmen. Weiter wird die Frage der Verteilung der deutschen Zahlungen unter die Alliierten erörtert, für die im Bericht ein besonderer Anhang beigelegt ist. In einem Unterabschnitt werden die Quellen und die Sicherheit der deutschen Zahlungen behandelt, eine geschichtliche Darstellung über die frühere und ein Bild der künftigen Regelung gegeben. Sicherheitspfänder, wie sie unter dem Dawesplan bestanden, kommen im neuen Plan vollkommen in Wegfall, wie die Industrie- und Eisenbahnschuldverschreibungen und sämtliche Kontrollen. Es besteht nur eine negative Hypothek insofern, als die Einnahmen nicht mehr wie früher auf besonderes Konto übertragen werden, sondern für die ganze Dauer in den Händen der Reichsregierung bleiben. Deutschland hat nur die Verpflichtung, während der Dauer des Plans die Zahlungen der Reichsbank auf das Konto der internationalen Bank zu leisten. Der Beitrag des Reichshaushalts zu den Entschädigungszahlungen ist im Anfang niedriger gehalten, um später anzusteigen. Ferner wird darauf verwiesen, daß die Jahreszahlungen mit den Jahren zunehmen, und zwar in den ersten 20 Jahren um durchschnittlich 24 Millionen Goldmark. Der Teil des Berichts enthält weiterhin Ausführungen über die Haushaltskosten, aber nicht über die deutsche Finanzanagebarung, nachdem es die deutsche Gruppe abgelehnt hat, diesen ursprünglich vorgesehenen Teil des Berichts als ihre Ansicht sich zu eigen zu machen. Ein weiterer Absatz handelt von dem Fortschreiten der Jahresraten, dem ungeschützten und dem geschützten Teil der Young-Zahlungen.

Über die Schutzmaßnahmen, die in dem neuen Plan vorgesehen sind, heißt es u. a.: „Die hauptsächlichste Schutzmaßnahme besteht darin, daß man die Zahlung der Jahresraten für den geschützten Teil aufheben kann. Wir empfehlen diese Annahme, um Deutschland für den Fall einer Depression oder von Schwierigkeiten in der Wirtschaft und in seiner Währung die Möglichkeit zu geben, diese Schwierigkeiten überwinden zu können. Das Reich hat nach einer Ankündigung, die 90 Tage vorher gemacht werden muß, das Recht, den Transfer für eine Dauer von 2 Jahren aufzuschieben. Während dieser Zeitperiode besteht die Verpflichtung zur Zahlung von Reichsmark auf das Konto der internationalen Bank bei der Reichsbank. Nach einer solchen Erklärung hat die Bank für internationale Zahlungen den beratenden Sonderausschuss einzuberufen. Zu jeder anderen Zeit kann die Reichsregierung den Gläubigerregierungen und der internationalen Bank erklären, daß sie zu der Überzeugung gekommen ist, daß Deutschlands Währung und Wirtschaft durch Weiterzahlung eines Teils oder des ganzen Betrags der ungeschützten Jahreszahlungen in Gefahr geraten. Auch in dieser Frage ist der Sonderausschuss einzuberufen. Er hat die Umstände zu prüfen, die zu der Notwendigkeit des Transferschutzes geführt haben, oder der Bedingungen, durch die in Deutschland eine Lage entstanden ist, auf Grund der die Reichsregierung zu der Ansicht kommen mußte, seine Währung oder seine Wirtschaftslage seien durch Weiterzahlung schwer gefährdet. Der Sonderausschuss hat infolgedessen eine Untersuchung der Verhältnisse anzustellen.“

In ihrem Bericht an die Regierungen soll die Bank, nachdem sie sich im Fall des Zahlungsaufschubs davon überzeugt hat, daß die deutschen Stellen alles getan haben, um die Verpflichtungen zu erfüllen, den Regierungen Mitteilung darüber machen, was bezüglich der Anwendung des Plans zu geschehen hat. Der Ausschuss hat nur beratende Befugnisse, kann also den Transfer weder bewilligen, noch ablehnen.

Es folgen weiterhin Bestimmungen über die Zusammensetzung dieses Sonderausschusses. Ernannt werden die Mitglieder von den Zentralbanken und der Federal Reservebank oder einer anderen finanziellen Körperschaft in Amerika. Der Ausschuss hat das Recht, bei besonderen Fällen noch einige Persönlichkeiten hinzuzuziehen.

Was die Sachlieferungen anlangt, so kam der Sachverständigenausschuss zu keiner Neuregelung, sondern überließ diese den Regierungen. Die Sachlieferungen beginnen mit 750 Millionen Goldmark und fallen dann auf 300 Millionen.

Teil 10 behandelt die Liquidierung der Vergangenheit, die Kommerzialisierung und Mobilisierung und bringt eine Gegenüberstellung der durch den neuen Plan geschaffenen Verhältnisse und der Regelung des Dawesplans. Zum Schluß heißt es dann:

„Es war unsere Aufgabe, Vorschläge für eine finanzielle Regelung zu machen. Wir glauben, daß wir diese unsere Aufgabe erfüllt haben. Wir sind uns der Verantwortung einer beratenden Erklärung bewußt und erkennen weiter an, daß alles vom zukünftigen Verhalten der Länder gegeneinander und untereinander abhängen wird, und zwar nicht bloß von den Völkern, die durch die Ratifizierung dieses Abkommens Vertragsparteien werden, sondern von der gesamten Welt. Die Lösung des Reparationsproblems ist nicht nur eine deutsche Aufgabe, sondern sie liegt im Interesse der Gesamtheit aller Völker. Sie erfordert die enge Zusammenarbeit aller Parteien. Wenn das Verhalten der Völker in Zukunft wieder bestimmt sein sollte durch Mißtrauen oder durch das Verlangen, eine einseitige wirtschaftliche Diskriminierung durchzuführen, dann wird die Regelung nicht möglich sein.“

Ganz sicher würden auch bei dieser Regelung, die vom guten Willen aller abhängt, früher oder später größte

Schwierigkeiten auftreten und der langsame, lange und gesunde Versuch, Europa wieder aufzubauen, endgültig zum Scheitern verurteilt werden. Wenn auf der anderen Seite aber unsere Vorschläge mit gutem Willen von den Beteiligten durchgeführt werden und wenn schließlich die übrige Welt Vertrauen zum Gedanken der Zusammenarbeit und des gegenseitigen Verständnisses gewinnt, dann kann kein berechtigter Zweifel bestehen, daß das heute beschlossene Abkommen der endgültigen Durchführung fähig ist und damit die wirtschaftliche Stabilität und das gegenseitige Verständnis der Völker besser wird, als dies bisher der Fall war.“

Dem Bericht sind acht Anhänge beigelegt: 1. Anhang: Internationale Bank. 2. Anhang: Brief Dr. Schacht's in der Frage der Goldparität. 3. Anhang: Mobilisierung. 4. Anhang: Bestimmungen über Transfer- und Zahlungsaufschübe. 5. Anhang: Organisationsausschuss. 6. Anhang: Belgische Marktfrage. 7. Anhang: Verteilung der deutschen Zahlungen an die Gläubiger. 8. Anhang: Bürgschaft für die ungeschützten Jahresraten. Ein weiterer Anhang ist die eingangs genannte Sonderdenkschrift.

Aus dem Reichstag

— Berlin, 10. Juni. Auf der Tagesordnung der letzten Reichstagsitzung stand die zweite Beratung des Haushalts des Reichsinnenministeriums. Die Aussprache eröffnete Abg. von Kardoff (DVP.). Er ging zunächst auf die Bestrebungen ein, die eine Änderung des Wahlrechts zum Ziele haben und gab der Meinung Ausdruck, daß ein dringendes Interesse für eine Wahlreform nicht vorhanden sei. Die Prozentzahl der abgegebenen Stimmen sei bei den letzten Reichstagswahlen immer hoch gewesen. Vor allem bestehe kein Zweifel darüber, daß das Proportionalwahlrecht aufrecht erhalten werden müsse, da es allein ein getreues Spiegelbild der Stimmung im Lande gebe. Die Regierungsbildung vollziehe sich bei uns gar nicht nach der Verfassung. Nicht das Staatsinteresse sei dabei maßgebend, sondern das Parteiinteresse. In der Frage der Reichsreform sei eine Lösung nur zu erreichen, wenn der Reichspräsident zugleich preussischer Staatspräsident werde. Preußen habe nur noch die Aufgabe, im Reich aufzugehen. Dann werde sich die Auseinandersetzung mit den übrigen Ländern sehr leicht vollziehen. Das Haus unterbrach dann die Beratung zur Vornahme der Abstimmungen über den Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums. Der Etat wurde ebenso wie der des Reichswirtschaftsrats in der Ausschussfassung angenommen. Der Gesetzentwurf über die Ausführungen der Empfehlungen der Weltwirtschaftskonferenz ging an den Ausschuss ebenso die sozialdemokratische Entschließung über die Schaffung eines Selbstverwaltungskörpers für die Eisenwirtschaft. Der kommunistische Mißtrauensantrag gegen den Reichswirtschaftsminister wurde gegen die Antragsteller und die Nationalsozialisten abgelehnt.

Das Problem der Arbeitslosenversicherung

11. Berlin, 10. Juni. Die interfraktionelle Besprechung der Regierungsparteien mit dem Reichsarbeitsminister über die Reform der Arbeitslosenversicherung wurde Samstag fortgesetzt. Es wurde beschlossen, die noch strittigen Fragen des Sofortprogramms in einer am nächsten Dienstag beginnenden Aussprache der sozialpolitischen Sachverständigen der Regierungsparteien zu klären.

Das erste Reichspostflugzeug



Nach Eisenbahn, Automobil und Straßenbahn hat die Reichspost nunmehr auch das Flugzeug in ihren Dienst gestellt. Die Flugzeuge dienen ausschließlich der Beförderung von Post, insbesondere für die Erreichung von Anschlägen an Ozeandampfer. Sie sind durch besondere Aufschrift und das Postwappen kenntlich gemacht.

Die Reichsteuereinnahmen 1928

— Berlin, 8. Juni. Nach endgültiger Feststellung bringen im Rechnungsjahre 1928 die Reichsteuereinnahmen insgesamt 9024,4 Millionen Mark. Das Haushaltsoll von 8862,0 Millionen Mark ist also um 162,4 Millionen Mark überschritten worden. An dem Mehraufkommen sind hauptsächlich die Ueberweisungssteuern beteiligt. Die Länder haben infolgedessen im Rechnungsjahre 1928 insgesamt 198,3 Millionen Mark mehr an Anteilen aus den Ueberweisungssteuern erhalten, als sie nach dem Haushaltsvoranschlag 1928 erwarten konnten. Diesen Mehraufkommen an die Länder in Höhe von 198,3 Millionen Mark steht nur die oben erwähnte Gesamtmehreinnahme des Reiches in Höhe von 162,4 Millionen Mark gegenüber. Den Unterschiedsbetrag muß das Reich aus den Steuereinnahmen decken. Das Reich schließt also im Etat 1928 auf der Einnahmeseite bei den Reichsteuern mit einem Fehlbetrag von 35,9 Millionen RM. ab.

Aus Stadt und Land

Calw, den 10. Juni 1929.

Dienstnachrichten.

Die Reichsbahndirektion hat den Reichsbahnoberssekretär Miffel in Nürtingen als Assistentenleiter nach Calw, den Oberassistenten Speck in Calw nach Kirchweyher versetzt.

Das Ergebnis des Roten Kreuz-Tages im Bezirk.

Die gestern in der Oberamtsstadt und in den Bezirks-gemeinden durchgeführte Sammlung für das Rote Kreuz hat ein erfreuliches Ergebnis gezeitigt. Insgesamt wurden von den fleißigen Sammlerinnen 1322 RM. eingenommen.

Kriegergräber im Westen.

Für letzten Samstag hatte die Bezirksleitung Calw des Birrt. Kriegerbundes Herrn A. Meyer-Mettingen zu einem Lichtbildervortrag über deutsche Kriegergräber an der ehem. Westfront gewonnen. Bezirksobmann K. K. K. hieß im „Bad. Post“ die in großer Zahl erschienenen Gäste willkommen und wies darauf hin, daß es eine Herzensangelegenheit des ganzen deutschen Volkes sein müsse, von den Ruhgestätten seiner im Weltkrieg Gefallenen zu wissen und für deren Erhaltung zu sorgen. Der Redner des Abends, welcher die ehem. Kampfabschnitte der Westfront in sechs Reisen besucht hat, führte zunächst nach Flandern, wo sich 1000 deutsche Kriegerfriedhöfe befinden, während die Zahl der deutschen Sammelfriedhöfe in Frankreich nur noch 270 beträgt. Von Ostende ausgehend wurden die Stätten des Todes in Banghemark, im Houterwald, Poel Capelle, der westl. Mutterfriedhof in Beclaire, ein heil umsrittenen Kammelsberg und in Ypern besucht, dann führte die Kette nach Nordfrankreich über Lille, La Bassée, Vens, Arras, die Voretthöhe, Fort Douaumont, Cambrai, Peronne, Alberts, St. Quentin zum Sommeabschnitt. Die weiten Kampfbereiche weisen z. T. noch die Spuren grauenvoller Geschehnisse. Hier haben Männer in harter Pflichtenfüllung und in unermüdeten Qualen miteinander gerungen, hier hat die blinde Grausamkeit der Maschinen ihre Opfer zermalmt und zertrümmert. Hier, an diesen traurigsten Stätten der Erde — zur Trostlosigkeit verdammt durch die verächtlichen Attribute einer blühenden Fremdenindustrie — ruhen die Toten aller Nationen. Die einen unter Marmor und Niesenmonumenten, die andern unter bräunlichen Hügel und morschem Holzkreuz. Die Ruhestätten des Völkerringens haben in ihren Monumentalbauten (mit Scheinmarmorn und Duftspendern) alles kopieren wollen; die falsche Pracht einer verlogenen und arbeitslosen Zivilisation wird selten so offenbar wie hier. Die Hohlheit ihres Triumphes steht erschrecklich klar über dem schlichten Ernst der Gräber. Millionen verwenden unsere ehem. Gegner für die Friedhöfe ihrer Gefallenen, Millionen, aus dem deutschen Volk herausgepreßt. Unsere Toten ruhen auf schmucklosen, eingefriedeten Aedern, in kahlen Massengräbern, nur vereinzelt schmückt ein Zeichen der Liebe die dunklen Holzkreuze. An Denkmälern sind nur die wenigen vorhanden, die während des Krieges gesetzt wurden. Der Anblick umgefallener Kreuze und der Mangel jeglichen Zeichens der Totenernung ist sehr traurig und mahnt das deutsche Volk zur Abhilfe. Gewiß gibt es in dieser Notzeit für uns andere, wichtigere Aufgaben, aber angesichts des Opfers, welches die Toten dem Vaterlande darbrachten, wäre es beschämend, wenn wir nichts für eine würdige Ausstattung ihrer letzten Ruhestätten erlöbten. Wir Deutsche brauchen keine Beinhäuser, Leuchttürme oder Triumphbögen, die schlichten Friedhofsanlagen in Beclaire und Neuville-St. Baast mit einfachen Denkmälern, deutschen Bäumen und Blumen sind vorbildlich. Mögen bald alle deutschen Kriegerfriedhöfe ein solches Aussehen gewinnen! Der Redner ging in seinen fesselnden Ausführungen besonders auf die Kämpfe um die Voretthöhe und das Fort Douaumont ein. Erstgüter war die Schilderung der Gruft unter dem Voretthomonument, in welcher 250 000 Tote, unbekannt Soldaten Deutschlands und Frankreichs, ruhen. Der Bischof von Arras hat über ihrem Zugang folgende Inschrift anbringen lassen: Ihr, die ihr als Pilger an ihren Gräbern vorbeigeht, erhebet ihr Golgatha und ihre blutgetränkten Wege, höret den Schrei, der aus ihren Gräbern emporsteigt: Völker, seid einig, Menschen, seid menschlich! Die Fahrt führte dann weiter nach Reims, in die Champagne, den Argonnenwald und endete auf den Leichenfeldern Verduns. Bekannte Namen wurden nach: Winterberg, Cornillet, Pöhlberg, Hochberg, Toter Mann, wo würt. Truppen kämpften. Die Lichtbilder zeigten neben stattlichen, neu aufgebauten Dörfern noch Trümmer, Reste von Gräben und Unterstände. Das verwüstete Fort Vaux mit Beinhäusern und Bajonettgraben bleibt als einer der stärksten Eindrücke. Die Verlustlisten beziffern die Zahl der Toten um Verdun auf 1 Million. Seinen Vortrag abschließend, mahnte der Redner, die Gefallenen nicht zu vergessen und ihnen Ruhestätten, würdig ihres Opfers für Heimat und Vaterland, zu schaffen. Zur Ehrung der Toten sang man das Kameradenlied. Dann dankte Bezirksobmann K. K. K. dem Vortragenden für seine Ausführungen und wünschte ihnen einen fruchtbaren Boden. Im Anschluß an den lehrreichen Vortrag, der durch einige Musiknummern passenden Charakters belebt war, gab Herr Meyer in kleinerem Kreise noch einige Proben aus seinen Erfahrungen und Erlebnissen während der Reisen im Westen. Er stellte das gänzliche Fehlen des Vaccinogepies in Frankreich fest, schilderte die Erziehung der französischen Jugend zur Wehrhaftigkeit, das starke überparteiliche Nationalgefühl des Franzosen und seinen Willen zu weiterer Aufrüstung. Dankbarer Beifall wurde dem Redner zuteil.

Das 26. Gausliederfest in Stammheim

Das gestern in Stammheim abgehaltene 26. Gausliederfest des West-Gaus des Schwäbischen Sängerbundes nahm trotz der unbefriedigenden Witterung einen glänzenden Verlauf. Im Sangeswettbewerb, an welchem sich 11 Vereine innerhalb Gaus und 12 Vereine außerhalb Gaus beteiligten, wurden 18 erste und 5 zweite Preise zuerkannt. Die höchste Wertungsziffer mit 138 Punkten erzielte der Viederkrantz Gedingen unter Leitung von Oberl. Unger im ein-

fachen Kunstgesang mit R. Baumanns „Eifelwind“; die zweitbeste Leistung des Tages erzielte der Viederkrantz Althengstet mit 136 Punkten. Der Verein sang in der Klasse erschwerter Volksgefang unter seinem Dirigenten Oberl. Maier Donatis „Villanella alla Napolitana“. Der Punktzahl entsprechend folgten die Gauvereine „Eintracht“-Neuhengstet mit 128 P. (1. Preis), Viederkrantz Simmozheim mit 124 P. (1. Pr.), „Eintracht“ Monstheim mit 123 P. (1. Pr.), Viederkrantz Döfingen mit 111 P. (1. Pr.), Gesangsverein Otelsheim mit 107 P. (1. Pr.), Viederkrantz Dachtel mit 104½ P. (1. Pr.), Eisenbahnchor Calw mit 102 P. (1. Pr.), Viederkrantz Dedensfronn mit 97½ P. (2. Pr.) und Viederkrantz Wütlingen mit 93 P. (2. Preis). Von den außer Gau singenden Vereinen erhielt die Viederkrantz Bachmang die höchste Wertungszahl mit 125 Punkten im erschweren Volksgefang. Es folgten mit ersten Preisen: Viederkrantz Oberhausen mit 121 P., Viederkrantz Mühlheim am Bach mit 118 P., Eintracht Efringen mit 117 P., Viederkrantz Althengstet mit 113 P., Viederkrantz Sängerkreis Weil im Schönbuch mit 110 P., Frohsinn Sigmarswangen mit 103 P. Zweite Preise erhielten: Viederkrantz Göltsheim mit 99 P., Viederkrantz Spielberg mit 98 P., Frohsinn Fisingen mit 82 P. In der Quartettklasse konnten erste Preise erringen das Widmaler-Quartett, Disingen mit 124 Punkten und Schönbuchfreunde Altdorf mit 118 P. Ueber den Verlauf des Festes werden wir in der nächsten Ausgabe unseres Blattes ausführlich berichten.

Gebt den Hofsunden stets Frischwasser.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß Hunde, besonders im Sommer, sehr leicht von der Tollwut befallen werden, wenn sie nicht täglich frisches Wasser erhalten. Leider wird das gerade in der heißen Jahreszeit, wo Feld- und Gartenarbeit besonders auf dem Lande alle Kräfte in Anspruch nehmen, vielfach übersehen. Es sollte jedoch Pflicht jedes Hundebesizers sein, besonders den angelegten Hofsunden stets frisches Wasser in den Trog zu schütten.

Magold, 9. Juni. Die Gesamtausgaben für die Gesundheitsausstellung des Deutschen Hygienemuseums in Dresden betragen 702,90 M. An Eintrittsgeldern sind eingegangen 324,85 M., so daß sich ein Abmangel von 378,05 M. ergeben hat, der zu 40 Prozent von der Allg. Ortskrankenkasse hier und zu 60 Prozent von der Stadtpflege zu decken ist.

Stuttgart, 9. Juni. Am Samstag abend stürzten auf dem Flugplatz Böblingen Diplomingenieur Laubenthal und Polizeihauptmann Fischer-Friedrichshafen, der dienstlich in Böblingen weilte, infolge seitlichen Abrutschens über die Tragfläche in einer Kurve ab. Sie wurden in das Bezirkskrankenhaus übergeführt, wobei der als Konstrukteur von weltbekannten Segelflugzeugen bekannte Laubenthal verstarb, während Hauptmann Fischer am Sonntag morgen im Beisein seiner Frau seinen Verletzungen erliegen ist.

Stuttgart, 9. Juni. Die heute vorgenommene Neuwahl des Stadtvorstandes zeitigte folgendes Ergebnis: Von 484 Wahlberechtigten haben 3092 abgestimmt, wovon 57 Stimmen ungültig sind. Von den gültigen Stimmen erhielt der jetzige Stadtvorstand Stadtschultheiß Kraut 2770, der kommunistische Kandidat Schreiber-Stuttgart 205. Durch die Einheitsfront der gebildeten bürgerlichen Wähler bis zur Sozialdemokratie erlitt das Vorgehen der Kommunisten schweren Schiffbruch.

Stuttgart, 9. Juni. In einer Sitzung der Versicherungsvertreter der Stuttgarter Allgemeinen Ortskrankenkasse (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) wurde, wie die Schwäb. Tagwacht berichtet, gestern abend der Beschluß gefaßt, zur Herbeiführung des Finanzausgleichs den Beitrag von 7 auf 7,5 Proz. zu erhöhen und das Krankengeld in den ersten vier Wochen von 55 auf 50 Proz. des Lohnes zu ermäßigen. Nach vierwöchiger Krankheit bleibt es bei den jetzigen Sätzen des Krankengeldes.

Stuttgart, 9. Juni. Die Vereinigung der städt. Milchgroßbetriebe Deutschlands hielt hier ihre diesjährige Tagung ab. Die Verhandlungen führten zu bedeutungsvollen Aussprachen und Beschlüssen über die weitere Entwicklung der Vereinigung und über alle Fragen der städt. Milchversorgung. An die Reichsregierung wurde eine Entschließung zum Reichsmilchgesetz abgefaßt.

Stuttgart, 9. Juni. Freitag vormittag wurde im Stadtpark die große deutsche Fachausstellung für das gesamte Metallgewerbe „Metalla“ feierlich eröffnet. Sie umfaßt die gesamte Metallindustrie, das Schlossergewerbe, Maschinergewerbe, sanitäre Einrichtungen, Gas-, Wasser- und elektrische Installation, sowie das Heizungs-, Lüftungs- und Beleuchtungswesen.

Stuttgart, 9. Juni. Allem Anschein nach mehrten sich die Schwierigkeiten, die sich gegen einen Ausbau der Schwarzwaldwasserleitung für die Stadt Stuttgart stemmen. Auch bei der Stadtverwaltung soll sich langsam ein Umschwung geltend machen, so daß also das Schwarzwaldwasserprojekt allmählich in den Hintergrund tritt.

Stuttgart, 9. Juni. Donnerstag früh ereignete sich bei Arbeitsbeginn an einem Neubau der Frankfurter Straße auf der Steig ein schwerer Baumfall. Von einer einsturzenden Betonmauer wurde ein in der Mitte der 30er Jahre stehender Bauarbeiter aus der Gegend von Bopfinger, Vater von drei unmündigen Kindern, begraben und getötet. Der Verunglückte stand bei einer hiesigen Firma in Arbeit. Vermutlich dürfte die Ursache in einer Nachlässigkeit bei der Bauführung liegen.

Stuttgart, 9. Juni. Der 49 Jahre alte Arbeiter Joseph Koch aus Hunderfingen, DM. Niedlingen, war bei den Wasserleitungsarbeiten hier beschäftigt. Seit einigen Tagen mußten die Arbeiten ausgesetzt werden. Gestern nun hatte Koch sich dem Gemüß des Alkohols ergeben und dabei des Guten wohl zuviel getan. Er hatte abends einen Rausch und erregte öffentliches Argernis. Der Steinbacher Schatzmann hielt den Betrunknen an und wollte ihn zur Rechenschaft ziehen. Koch bedrohte den Wachtmeister. Bei dem Versuch, den Koch fortzutransportieren, gab der Schatzmann einen Schreckschuß ab, der den Arbeiter tötete.

Stuttgart, 9. Juni. Freitag früh halb 7 Uhr verunglückte auf dem Bahnhof Vödingen der dortigen Bahnmeisterei beschäftigte Bahnarbeiter Ludwig Neufhäuser von hier. Beim Überfahren der Gleise wurde er von einem Sitzzug ungewollt und kam zwischen den Schienenstrang und die Bahnsteigkante zu liegen. Er erlitt dabei mehrere, jedoch nicht lebensgefährliche Verletzungen, die seine Verbringung ins Krankenhaus notwendig machten.

heim der dortigen Bahnmeisterei beschäftigte Bahnarbeiter Ludwig Neufhäuser von hier. Beim Überfahren der Gleise wurde er von einem Sitzzug ungewollt und kam zwischen den Schienenstrang und die Bahnsteigkante zu liegen. Er erlitt dabei mehrere, jedoch nicht lebensgefährliche Verletzungen, die seine Verbringung ins Krankenhaus notwendig machten.

Freudenstadt, 9. Juni. Am 1. Juni reiste Amtshauptmann Gaiser vom Kniebis zum Besuch von Bekannten nach Straßburg und wurde in der Nacht vom 3. auf 4. Juni morgens 5 Uhr in schwerverletztem und bewußtlosem Zustand, nur halb angekleidet und teilweise seiner Wertsachen beraubt, in einem tiefen Graben aufgefunden. Von Bekannten in Straßburg, durch eine Notiz in der Zeitung auf das Unglück aufmerksam gemacht, wurden die Angehörigen benachrichtigt, die sofort die Überführung des Schwerverletzten nach der Heimat veranlaßten. Gaiser hat verschiedene Wunden am Hinterkopf und Rücken und erlitt eine schwere Gehirnerschütterung. Der Schwerverletzte wurde ins Bezirkskrankenhaus Freudenstadt übergeführt und ist noch nicht bei Bewußtsein. — Nach einer anderen Darstellung ist Gaiser bei einem Morgen Spaziergang schwer gestürzt.

Rehingen, 9. Juni. Der 28 Jahre alte Eugen Kibel von hier verunglückte dadurch, daß er beim Verlassen des Eisenbahnwagens während der Fahrt zwischen Caunstatt und Untertürkheim von der Plattform stürzte, wodurch ihm das rechte Bein am Oberschenkel und der linke Fuß vollständig abgefahren wurde. Der Verunglückte wurde alsbald ins Caunstatter Krankenhaus verbracht, wo man hofft, ihn mit dem Leben davonzubringen.

Pfullendorf, 9. Juni. Auf der Rückfahrt von Überlingen nach Pfullendorf fuhr ein mit einer Reifengesellschaft besetzter Omnibus eines Privatunternehmens, das eine Bergungsfahrt an den Bodensee unternommen hatte, bei Herdswangen in einer Kurve auf einen Randstein und stürzte eine 1,5 Meter hohe Böschung hinab. Sämtliche 19 Insassen wurden verletzt. 5 schwerere Verletzte, die Knochen- und Schläffenbeinbrüche davongetragen haben, wurden in das benachbarte Pfullendorfer Krankenhaus überführt, während die 14 leichter Verletzten Personen nach Anlegung von Notverbanden in ihren Heimatort Grabenstetten beordert wurden.

Friedrichshafen, 9. Juni. Von gut unterrichteter Seite wird versichert, daß die Amerikafahrt des „Graf Zepelin“ keinesfalls vor Ende Juli oder Anfang August erfolgen kann. Die bisherigen Untersuchungen der Motorschäden haben noch zu keinem klaren Ergebnis geführt.

Friedrichshafen, 9. Juni. Die Arbeiten zur Vorbereitung des Baues der neuen Luftschiffhalle in Friedrichshafen, für die die Mittel zum größten Teil bereitgestellt sind, schreiten rüstig vorwärts. Die alte Bauhalle ist bereits völlig abgebrochen, bis zum Ende der Woche wird auch die bisherige Ringmontagehalle beseitigt sein. Dann ist damit zu rechnen, daß bereits gegen Ende des Monats die Aufstellung der ersten Binder der neuen Halle erfolgen kann, die bis zum 15. Oktober errichtet sein soll. Es soll dann sofort an den Bau des z. B. 128 gegangen werden.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Berliner Briefkurse.	
100 holl. Gulden	168,55
100 franz. Franken	16,41
100 schwed. Franken	80,79

Börsenbericht

Stuttgart, 9. Juni. Vereinzelt Rückläufe gaben der Börse am Wochenende ein freundlicheres Aussehen; die Kurse zogen leicht an.

Produktenbörse und Marktberichte
des Landwirtschaftlichen Hauptverbandes Württemberg und Hohenzollern E. V.

Stuttgarter Obst- und Gemüsemarkt vom 6. Juni.

Edeläpfel 40—55; Tafeläpfel 20—40; Erdbeeren 100—120; Kirchen, süße 35—45; Kartoffeln 5—6; Kopfsalat 4—10; Birnring 20—25; Blumenkohl 30—100; rote Rüben 35—40; Karotten, runde 15—25; Zwiebel 7—9; mit Rohr 20—25; Gurken, große 40—60; Rettiche 15—25; Monatsrettiche 8 bis 10; Sellerie 15—20; Spargeln 0,80—1,20; Schw. Spargeln 40—80; Spinaat 20—25; Rhabarber 8—12; Kohlraben 12—20.

Viehpreise.

Vödingen: Rinder 205—237, fette Rinder 635, Kalbinnen trächtig 567—630, 1 Paar Stiere 530—1236, 1 Paar Ochsen 1520—1560 M. — Herberlingen: Kalbinnen 600—800, Kühe 200—480 M. — Künzelsau: Kühe 500, Kalbinnen 480, Jungkinder 208—330, Jungfarren 230 M. — Magold: Stiere 340 bis 417, Kühe 400—600, Rinder und trächtige Kalbinnen 288 bis 390, Schmalvieh 167—280 M.

Schweinepreise.

Vödingen: Käufer 70—110, Milchschweine 45—55 M. — Spadingen: Milchschweine 35—40, Käufer 45—50 M. — Wangen i. A.: Ferkel 60—62 M.

Ullshausen: Milchschweine 45—55 M. — Blaufelden: Milchschweine 35—48 M. — Münsingen: Milchschweine 44 bis 58 M. — Pflingen a. F.: Käufer 63—80, Milchschweine 40—55 M. Sulz a. R.: Milchschweine 57—50 M. — Würzach: Ferkel 41—55, Käufer 62 M.

Fruchtpreise.

Vödingen: Roggen 10,50, Gerste 10,75, Hafer 8—10,50 M. — Wangen i. A.: Hafer 12—13, Gerste 12,80—13,20, Weizen 12,80—13,50 M. — Waldsee: Hafer 10,80 M.

Walingen: Hafer 12 M. — Erolshausen: Weizen 8—8,30, Weizen 10,80, Roggen 9,60, Hafer 10,50 M. — Stengen a. Br.: Gerste 11, Hafer 10,10—10,90, Weizen 10,20—11 M. — Magold: Weizen 11,80—12,30, Gerste 11,50—12, Hafer 11,80 bis 12,20, Erbsen 14 M. — Tübingen: Dinkel 13—13,20, Hafer 11—11,50, Weizen 12—12,80, Gerste 11—12 M. — Wimmenden: Weizen 11,70—12,40, Hafer 10,80—11,20, Dinkel 9—9,50, Roggen 11—12, Gerste 12 M.

Amtsgericht Calw

Handelsregistertrag vom 8. Juni 1929: Die Einzelpersona Georg Pfeiffer in Calw ist erloschen.

Stadtgemeinde Calw

Zu dem am nächsten Mittwoch, den 12. Juni 1929 stattfindenden



Pferde-, Vieh- und Schweine-Markt

ergeht Einladung.

Die üblichen gesundheitspolizeilichen Vorschriften sind einzuhalten. Die Schweinehändler haben bis zur Vorname der tierärztlichen Untersuchung der Schweine bei ihren Körben und Kästen zu bleiben, welche vor der ärztlichen Untersuchung nicht geöffnet werden dürfen.

Calw, den 8. Juni 1929.

Stadtschultheißenamt: G h n e r.

Preiswerte Hosen in großer Auswahl!

Jugendhosen 6.00, 6.60, 7.00, 7.20, 8.00, 9.40
Leberhosen 6.00, 6.50, 7.50, 8.00, 8.50, 9.00, 9.80, 13.00

Samthosen in schwarz, braun, oliv grün 10.00, 12.00, 13.00, 14.00, 16.00

Wäckerhosen schwarz weiß kariert 6.50, 7.20, 11.00, 12.50

Halbwollene und Halbtuchhosen in vielen Mustern, erprobte Qualitäten 9.00, 10.00, 12.50, 12.60, 14.50, 15.00, 16.00

Gestreifte Hosen („Rammgarnhosen“) 10.00, 12.00, 12.80, 13.00, 13.50, 15.00, 16.00, 18.00

Knickerbocker-Hosen in modernen Mustern: 11.50, 12.00, 13.70, 14.00, 16.00, 16.50, 18.00, 19.00, 21.00

Breches Hosen 10.00, 12.00, 13.50, 14.00, 15.20, 15.50, 16.00, 16.50, 18.00, 19.00, 19.50, 23.00, 27.00

Sommer-Flanellhosen: 15.00, 18.00, 22.00, 23.00, 24.00, 25.50,

Knabenhosen in großer Auswahl.

Diese Preise verstehen sich für die Normal- u. Bauchgrößen 44—54. Die Hosen für **Jünglinge** im Alter v. 14—18 Jahren kosten 10% weniger

Paul Ränchle, am Markt, Calw

Brennessel- und Birkenhaarmasser für Haare und Haarboden Flasche Mk. 1.50 bei **R. Otto Vinçon, Calw.**

Jeden Dienstag u. Freitag gibts von 10-12 Uhr

Nudelböden

Hermann Schnürle, Teigwarengeschäft.

Gesucht zuverlässige, kräftige Hilfe in größ. veget. Haushalt am **Türschsee**. Selbständiges Besorgen des Hauswesens wird gewünscht. Kochen nur ausnahmsweise. Angebote unt. Chiffre **N. N. 123** an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Lüchtiges Mädchen

nicht unter 20 Jahren, das schon in Stellung war und etwas kochen kann für Einfamilienhaus auf 1. Suli gesucht.

Stuttgarterstr. 423.

Mädchen

im Alter von 16—18 Jahr., welches zu Hause schlafen kann, bei gutem Lohn sofort gesucht.

Hans Bauer Malergeschäft, Calw Marktplatz 10.

Kirschen 1 Pfd. 50 Pfg.

Erdbeeren Sommer-Orangen

Neue **Kartoffeln Tafel-Äpfel**

aus laufend frischen Zufuhren empfiehlt

Würster am Markt

Ebel-Bienenhonig gar. rein Blüten-Schleuderhonig, goldklar (kein Heidenhonig) 10 Pfd. Eimer Mk. 10.50, 5 Pfd. Eimer Mk. 6.— franko Nachnahme Gar. Zurücknahme.

Hermann Eulbrand, Lebensmittelverfasser und Honighaus Karlsruhe - Seilmühl

Leghorn n. Sunghemen iont. gut. Legger. Preis. 1.00. Geflügelhof i. Weingarten E17

Bauholz als Brennholz hat sofort abzugeben

Hans Bauer, Malergeschäft.

Moss-Rosinen billigt bei

Würster am Markt

Jüngeres tüchtiger verheirateter Chauffeur, gelernter Mechaniker, mit sämtlichen Reparaturen vertraut, Führerschein Klasse 1, 2 und 3 b.) über 1/2 Jahr auf Geschäftsreisen gefahrt, sucht Stellung

a. Personen- od. Lieferwagen auf 1. oder 15. Suli. Angebote sind zu richten unter **D. S. Nr. 1282** an die Geschäftsstelle ds. Blattes.

Calw, den 9. Juni 1929.

Todes-Anzeige



Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Maria Stoll

geb. Eberle

heute vormittag 11 Uhr im Alter von 68 Jahren von ihrem schweren Leiden durch einen sanften Tod erlöst wurde.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

der Gatte: **Hermann Stoll** Bauinspektor;

der Sohn: **Oskar Stoll** mit Braut.

Beerbigung: Dienstag, den 11. Juni 1929, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhaus, Bahnhofstraße 543 aus.

Zur Heuernte

Senfen / Sabeln / Wehsteine Heu- und Schleppechen / Heuzangen etc.

ferner: Wasserschläuche / Siebkannen

Eugen Dreiß, am Markt

Inserieren bringt Gewinn!

Sonderverkauf in fertigen Herren- und Knaben-Anzügen

Ich bringe einen Posten fertiger Anzüge zu außergewöhnlich billigen Preisen zum Verkauf:

Herrenanzüge	Mk. 30.00, 40.00, 50.00, 60.00, 70.00
Burschenanzüge	Mk. 20.00, 30.00, 40.00, 50.00, 60.00
Knabenanzüge	Mk. 10.00, 15.00, 20.00, 25.00

Ich bitte um Besichtigung ohne jeden Kaufzwang.

Paul Ränchle, am Markt, Calw.

An Alle! Kaufen Sie kein Kleid und kaufen Sie keinen Mantel, ohne unsere grosse Auswahl gesehen zu haben!

Krüger & Wolff

Calw, den 9. Juni 1929.

Todes-Anzeige



Verwandten und Bekannten zur Nachricht, daß mein lieber Vater

Andreas Haug

sanft entschlafen ist.

Der trauernde Sohn:

Wilhelm Haug und Frau.

Beerbigung Dienstag mittag 1 Uhr.



Peinlich

wenn einer Hühneraugen hat und

„Lebewohl“

nicht kennt!

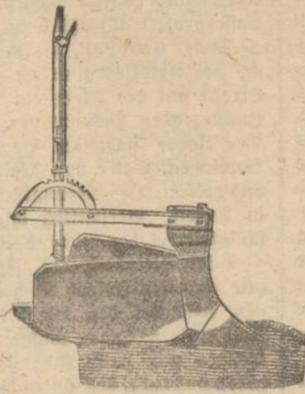
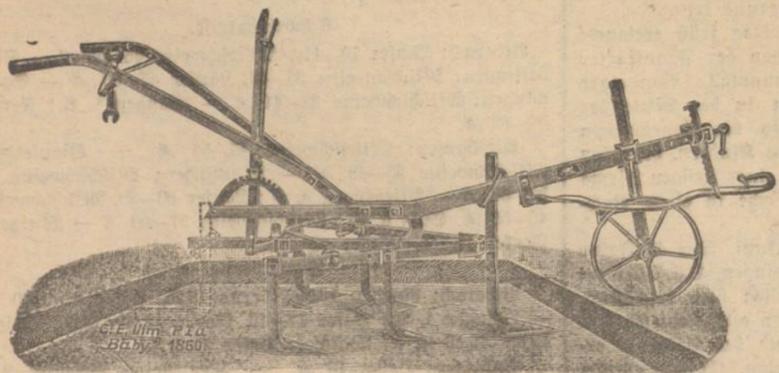
Hühneraugen-Lebewohl und Lebewohl-Ballscheiben Blechdose (8 Pflaster) 75 Pfg., Lebewohl-Fußbad gegen empfindliche Füße und Fußschweiß, Schachtel (2 Bäder) 50 Pfg., erhältlich in Apotheken und Drogerien.

In Bad Liebenzell: Drog. W. A. Himperich

75 Jahre

1854 — 1929

Ulmer Eberhardt-Pflüge



Hack- und Häufelpflüge in großer Auswahl Carl Herzog, Eisenhandlung, Calw

Bettwäsche — Damaste — Kissenbezüge — Bargente — Daunenhöper — Bettfedern — Steppdecken — Matratzen und Drelle

liefert auswärts. Ausstattungsgeschäft

zu billigsten Preisen

in allerbesten Qualitäten

Auf Wunsch Besuch mit Mustern, ohne Kaufzwang.

Eventuell günstige Zahlungsbedingungen

Offerten unt. **N. G. D. 36001** an die Gesch.-St. ds. Bl.

Am Mittwoch, Calwer Markt, steht ein schönes 3-jähriges



Fohlen

in der Stallung zum Hirsch in Calw zum Verkauf.

Althengstett.

Einen



Zuchtfarren

mit Abstammungsnachweis verkauft.

Jakob Luz.

Verkaufe zirka 10 Stück 1 Jahr alte

Hühner

Wer, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Verkaufe etne mit dem 2. Kalb 38 Wochen trägt.



Mug- und Schaffkuh

Gemeindepfleger Reppler, Igelsloch.

la. Eiderfettkäse 20%

9 Pfd. - Mk. 6.30 franko

Dampfkäsefabrik Rendsburg